Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 175. **Montag** den 23. Juni 1884. **78. Jahrgang.**

Bestellungen auf das dritte Quartal 1884 des
Leipziger Tageblattes
(Auflage 18,600)

wolle man möglichst bald an die unterzeichnete Expedition, Johannesgasse Nr. 33, gelangen lassen. Außerdem werden von sämmtlichen hiesigen **Zeitungsspediteuren** Bestellungen auf das Tageblatt angenommen und ausgeführt. Auswärtige Abonnenten müssen sich an das ihnen zunächst gelegene Postamt wenden.

Der Abonnementspreis beträgt
pro Quartal 4 Mark 50 Pfennige,
inclusive Bringerlohn 5 Mark,
durch die Post bezogen 6 Mark.

Für eine Extrabeilage sind **ohne** Postbeförderung 39 Mark, **mit** Postbeförderung 48 Mark Beilegegebühren unter Vorausbezahlung zu vergüten.

Preis der Insertionsgebühren für die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfennige, für Reclamen aus Petitschrift unter dem Redactionsstrich 50 Pfennige. Größere Schriften werden, gering abweichend von dieser Norm, nach unserm Preisverzeichniß, tabellarischer und Ziffer-Satz dagegen nach höherem Tarif berechnet. Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

☞ Das Tageblatt wird früh 6½ Uhr ausgegeben und enthält die bis zum vorhergehenden Abend eingelaufenen wichtigsten politischen und Börsen-Nachrichten in telegraphischen Original-Depeschen. Es berichtet im Allgemeinen über den Gang der Ereignisse in übersichtlicher Kürze und über die großen Tagesfragen der inneren und äußeren Politik in populären Artikeln mit größter Ausführlichkeit. Das Tageblatt behandelt die localen und sächsischen Angelegenheiten in eingehender Weise und referirt über Theater, Musik, Literatur, Kunst und Wissenschaft. Die Verhandlungen des Reichstages und des sächsischen Landtages erscheinen in Originalberichten.

Mit seiner „Volkswirthschaftlichen Beilage" bildet es zugleich das größte Handels- und Börsenblatt Sachsens. Es bringt namentlich auch sämmtliche wichtige deutsche und überseeische Handelsberichte. Außerdem erscheinen im Leipziger Tageblatt die vollständigen **Gewinnlisten** aller Classen der **Königlich Sächsischen Landes-Lotterie** und die Nummer-Verzeichnisse der ausgeloosten **Königlich Sächsischen Staatsschuldscheine.**

Leipzig, im Juni 1884.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

In der Zeit vom 9. bis mit 14. Juni 1884 erlangten das hiesige **Bürgerrecht:**

Alberti, Hermann Adolf Feodor, Fabrikdirector a. D.;
Beck, Carl Friedrich Wilhelm, Lohnfuhrmann;
von Döring, David Constantin, Inspector;
Fischer, Friedrich Ernst, Expedient beim Amtsgericht;
Gebhardt, Heinrich Traugott, Kaufmann;
Gehle, Georg August, Kaufmann;
Haferkorn, Friedrich Ernst, Kellner;
Heinrich, Heinrich Maximilian, Kaufmann;
Klüppel, Michael, Restaurateur;
Meißner, Franz Robert, Gerichtsschreiber;
Melzer, Carl Richard, Kaufmann;
Nitzsche, Heinrich Bernhard, Einnehmer bei der Stadtcasse;
Paul, Friedrich Wilhelm, Expedient bei der Staatsanwaltschaft;
Pfitzner, Carl Oskar, Stadtorchester-Mitglied;
Thate, Dr., Alexander Wilhelm, Assistent am botanischen Laboratorium der Universität;
Thurm, Friedrich Albin, Kaufmann;
Viertel, Alban Albert, Lehrer;
Weise, Ernst Moritz, Postpracticant;
Winkler, Oskar Bruno, säch. Hilfsvollstreckungs-Beamter;
Zehme, Dr., Felix Leberecht Gotthold, Rechtsanwalt;
Zeidler, Johann Carl August, Restaurateur.

Bekanntmachung.

Beim weiteren Fortschreiten der jetzt begonnenen Gasröhrenarbeiten in der Fahrbahn des Augustusplatzes wird es erforderlich, die Goethestraße und die Straße entlang der Universitätsgebäude bei der **Kreuzung mit der Grimmaischen Straße** zu durchgraben. Daher wird auf die Dauer der Arbeiten an der bezeichneten Stelle die **Goethestraße bis zum Ritterplatz**, und die **Straße an den Universitätsgebäuden bis zur Universitätsstraße für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 18. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten wird das **Naundörfchen vom 26. dieses Monats** an auf die Dauer der Arbeiten **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 20. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kr.

Auctionslocal des Königl. Amtsgerichts.

Mittwoch, den 25. d. M. 9 Uhr Vormittags,
Versteigerung einer größeren Partie zum Verarbeiten fertiger Lämmerfelle und ungegerbter Felle kleinerer Raubthiere.

Leipzig, am 18. Juni 1884.

Bielß, Gerichtsvollzieher.

Auction.

Dienstag, den 24. Juni, Nachmittags 2 Uhr
soll in der am Stötteritzer Wege zu Neureudnitz gelegenen **Schönherr'schen Restauration** ein größerer Posten **Schnittwaaren**, bestehend in Kleider- und Futterstoffen, Wollatlas, Barchent und Halblama's, meistbietend gegen sofortige Baarzahlung öffentlich versteigert werden.

Leipzig, den 17. Juni 1884.

Singer, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Postdampfervorlage.

Das deutsche Volk ist die Antwort auf die Reden der Abgeordneten **Bamberger** und **Richter** in der Reichstagssitzung vom 14. Juni nicht schuldig geblieben; von allen Seiten kommen die Kundgebungen zu Gunsten der Vorlage, der nationale Gesichtspunct ist so sehr der maßgebende, daß sogar das Hauptorgan der Ultramontanen, die „Germania", sich in diesem Sinne geäußert hat, obwohl es das Centrum war, welches den Ausschlag dafür gab, daß die Vorlage nicht sofort im Plenum des Reichstages durchberathen und angenommen, sondern der Budgetcommission zur Vorberathung überwiesen wurde. Dieser Haltung der Partei entspricht es auch, daß die „Germania" die sachliche Prüfung der Vorlage empfiehlt. Aus dem Zusatz, daß diese Prüfung mit dem Bewußtsein geschehen soll, daß alle andern mit uns vorzugsweise concurrirenden Völker Europas unter ihren Concurrenzbedingungen auch Dampfer-Subventionen durch den Staat zahlen und ferner mit dem Bewußtsein, daß bei der neu eröffneten Theilung der Welt beziehungsweise ihres Handels unser Deutschland nicht allein wieder leer ausgehen dürfe, sondern auch die Versäumnisse von Jahrhunderten möglichst gut zu machen hat, geht indeß klar hervor, daß der Beschluß, die Vorlage an die Budgetcommission zu verweisen, lediglich Zeitvergeudung war.

Die sachliche Prüfung könnte sich, wenn man mit dem Grundgedanken des Gesetzentwurfs einverstanden ist, doch nur auf die Untersuchung beschränken, ob die Summe von vier Millionen Mark jährlich für Bestreitung der Ausgaben auch nicht zu hoch gegriffen ist. Das werden die Mitglieder der Budgetcommission kaum zu ermitteln im Stande sein, weil dazu specielles Sachverständniß vom Schiffsbau und den Marineverhältnissen gehört, das doch bei den Mitgliedern der Commission nur zufällig angetroffen werden könnte. Merkwürdiger Weise sitzt in der That ein Sachverständiger in der Commission, der Director des Norddeutschen Lloyd, der Abgeordnete **Meier aus Bremen**, welcher bekanntlich in der Reichstagssitzung vom 14. Juni die Vorlage auf Grund seiner 27jährigen Erfahrung als Rheder warm als gut und zweckmäßig empfahlen hat. Derselbe Abgeordnete Meier ist vom Vorsitzenden der Budgetcommission zum Referenten über die zahlreich eingelaufenen Petitionen bezüglich der Dampfervorlage ernannt worden und Dr. Barth, bekanntlich als Deutschfreisinniger ein Gegner der Vorlage, zum Correferenten. Es scheint also, als ob die Vorlage nicht in der Commission begraben werden, sondern noch vor der Vertagung des Reichstages im Plenum zur Verhandlung gelangen sollte.

Fürst **Bismarck** hat beim „Frühschoppen" am Freitag den Wunsch mit großem Nachdruck geäußert, daß die Dampfervorlage noch vor Sessionsschluß erledigt werde, und hat dabei die Bemerkung einfließen lassen, daß die Dauer der Session überhaupt davon abhänge, wie viel opponirt werden würde. An Opposition wird es auch in den noch ausstehenden Sitzungen nicht fehlen, aber der „Germania"-Artikel zeigt wenigstens, daß das Centrum für die Dampfervorlage stimmen wird; also erscheint die Annahme derselben nunmehr gesichert. Am 14. Juni schien das noch nicht festzustehen, inzwischen ist aber ein Ereigniß eingetreten, welches das Centrum wieder nachgiebiger gestimmt hat. Bei den Ernennungen zum Staatsrath hat auch diese Partei Berücksichtigung gefunden; denn es ist nicht nur einer der parlamentarischen Führer derselben, Freiherr v. Schorlemer-Alst, in die neugestaltete Körperschaft berufen worden, sondern es haben neben ihm auch die Bischöfe von Fulda und Ermeland darin Sitz und Stimme gefunden. Daher der entgegenkommende Artikel in der „Germania".

Ueberhaupt wird es in Zukunft von dem Ergebniß der bevorstehenden Reichstagswahlen abhängen, ob das Centrum noch ferner in der Lage sein wird, seine „Zugumzug-Politik" durchzuführen. Der Heidelberger Parteitag und seine Nachfolger haben die Stellung der nationalliberalen Partei so sehr verändert, daß sie leicht wieder die Stärke und demgemäß auch den Einfluß gewinnen kann, den sie in den siebziger Jahren hatte. Der Kanzler scheint mit ziemlicher Sicherheit auf eine solche Entwickelung der Dinge zu rechnen, sonst würde er nicht seine Aussöhnung mit der Partei so eifrig betreiben, wie das beim Frühschoppen am letzten Freitag in erfreulicher Weise geschehen ist. Die Herren vom Centrum haben daher alle Ursache, nicht allzu spröde zu thun, und die Schlauheit ihrer Führer hat denn auch bereits die entsprechende Haltung herausgefunden und angenommen.

Die Entrüstung der „Freisinnigen" über die Verschwendung der Reichsregierung in der Dampferangelegenheit ist im Lande sehr übel vermerkt worden, man hat nicht von einer einzigen Zustimmungserklärung vernommen, dagegen mehren sich die Kundgebungen zu Gunsten der Dampfervorlage von Tage zu Tage. Der Parteitag in Nürnberg und die Wahlvereine in Kaiserslautern und Kassel haben bereits ihre Zustimmung zur Dampfervorlage einstimmig ertheilt, und wenn irgendwo eine Versammlung in Deutschland berufen wird, um sich über diese Angelegenheit zu äußern, so ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß sie sich in gleichem Sinne äußern würde. Deshalb unterläßt es auch die freisinnige Partei, solche Aeußerungen herbeizuführen, gerade so, wie sie es seiner Zeit für opportun hielt, bei ihren Versammlungen unmittelbar nach der Verschmelzung der Fortschrittspartei mit den Secessionisten die Frage der Verlängerung des Socialistengesetzes nicht zum Gegenstande der Erörterung zu machen.

Zum Unglück für die Gegner der Vorlage wird nun auch noch ein Bericht des Verkehrsministers **Cochery** an den Präsidenten Grevy bekannt, welcher sich mit der Frage der Unterstützung überseeischer Dampferlinien durch den Staat beschäftigt und genau denselben Standpunct vertritt, welchen der Staatssecretair **Stephan** in der Reichstagssitzung vom 14. Juni verfochten hat. **Cochery** bestätigt in seinem Bericht, daß der französische Handel mit Australien einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen hat, seitdem Frankreich nach diesem Welttheil eigene Postdampfer sendet. „Die wichtigen Resultate, welche die australische Linie für unsern Handel bereits erzielt hat, und welche dieselbe in noch erhöhtem Maße für die Zukunft ergeben wird, rechtfertigen überreichlich die Opfer, welche die französischen Kammern für ihre Errichtung in so bereitwilliger Weise gebracht haben. Um sich hiervon zu überzeugen, genügt es, auf die Thatsache hinzuweisen, daß, sobald eine subventionirte Postdampferlinie die directe Verbindung zwischen Frankreich und einem überseeischen Lande herstellt, alsbald der französische Handel mit dem betreffenden Lande einen staunenswerthen Umfang annimmt. Man hat dies in Indien und China, am La Plata und in Brasilien, in den Antillen, in Mexiko und Nordamerika gesehen. Diese Verbindungen kosten uns jährlich circa 27 Millionen, aber man kann dreist behaupten, daß diese Summe verschwindend gering ist im Vergleich zu den Vortheilen, welche unser Handel und unsere Industrie daraus ziehen." So äußert sich der französische Minister, und seine Worte passen so genau auf die deutsche Dampfervorlage, als ob sie speciell zu ihrer Empfehlung gesagt worden wären. Frankreich hat auf diesem Gebiete die Erfahrung vor Deutschland voraus, und es würde überaus thöricht sein, wenn wir auf diese Erfahrung aus dem Grunde weniger Werth legen wollten, weil sie von Frankreich gemacht worden ist. Die Dampfervorlage ist der Annahme sicher, sobald sie aus der Commission auf der Tagesordnung des Reichstages erscheint, aber Aufschub leidet die Sache nicht, sie muß sofort in Angriff genommen werden. „Jetzt ist, darüber ist eine Täuschung nicht mehr möglich, der letzte Termin zur Vergebung aller irgend noch colonisationsfähigen Gebiete und auch zur Besitznahme der geeigneten Handels- und Absatzwege angesetzt", sagt die „Germania", und wir befinden uns in der seltenen Lage, ihr hierin vollkommen beistimmen zu müssen. Also „Eile", das ist das Wort, welches wir der Budgetcommission zurufen.

Leipzig, 23. Juni 1884.

* Ueber die bereits gemeldete Unterredung zwischen dem Reichskanzler **Fürst Bismarck** und den Abgeordneten Dr. **Gneist** und Dr. **Schläger** theilt die „Magdeb. Ztg." noch Folgendes mit: „Nur die beiden nationalliberalen Abgeordneten Dr. Gneist und Dr. Schläger wurden vom Kanzler zurückbehalten, denen sich bald auch der Finanzminister v. Scholz anschloß, und es soll an diesem kleinen Tische der Fürst in der liebenswürdigsten Weise vor Allem seine niemals unterbrochene Sympathie für die nationalliberale Partei ausgesprochen und erklärt haben, daß es ihm niemals eingefallen sei, auszusprechen, daß er die Nationalliberalen an die Wand drücken wolle, daß er dies nie gewollt habe und auch nicht gewollt haben könne, da er genugsam wisse, daß keine Partei so aufrichtig und so unerschüttert seine deutsche Politik unterstütze, wie dies auch die Sympathie für die Unterstützung der überseeischen Dampferlinien erfreulich beweise. Die lebhafte Darstellung der Vergangenheit, die Verhandlungen des Eintritts des **Herrn v. Bennigsen** an die Spitze des Ministeriums des Innern, die offene Kritik über Personen und Dinge wird von den Betheiligten als hauptsächlich interessant und lehrreich dargestellt, so daß es 3 Uhr vorbei war, ehe die Drei das gastliche Kanzlerhaus verließen."

* Das **Reichs-Versicherungs-Amt** wird aus Herrn Geheimen Rath Bödiker, drei Räthen und 20 Subaltern-Beamten bestehen. Für die Unterbringung der neuen Reichsbehörde ist bereits das in der Wilhelmstraße gegenüber dem Reichsamt des Innern gelegene Bleichröder'sche Haus in Aussicht genommen.

* Die Ueberführung der beiden chinesischen Panzercorvetten „**Ting-Yuen**" und „**Chen-Yuen**" bildete in den letzten beiden Wochen den Gegenstand von Berathungen zwischen den betheiligten Parteien und gab dieselbe während dieser Zeit wiederholt zu einem Depeschenwechsel zwischen Berlin und Tientsin Anlaß. Erst am Freitag wurde eine längere Schlußconferenz abgehalten, zu welcher das Directionsmitglied der Stettiner Maschinenbau-Actiengesellschaft „Vulkan", Herr Stahl, eigens nach Berlin gekommen war. Es handelte sich hierbei vornehmlich um die Commandofrage, d. h. unter wessen Commando die beiden Panzercorvetten übergeführt werden sollen. Chinesischerseits war bereits früher angeregt worden, daß die Ueberführung deutschen Marineofficieren anvertraut werde. Bekanntlich war die in Folge des Tonkin-Streites zwischen Frankreich und China von der deutschen Regierung wieder rückgängig gemachte, zwischen dieser einerseits und der chinesischen Regierung andererseits getroffene Vereinbarung, wonach die seit dem vorigen Jahre zum Auslaufen bereitstehende Panzercorvette „Ting-Yuen" unter deutschem Commando, deutscher Kriegsflagge und mit deutschen Marinemannschaften als Besatzung nach China übergeführt werde, gleichfalls auf Anregung des hiesigen chinesischen Gesandten zu Stande gekommen. Die Motive, welche zu dieser Vereinbarung Anlaß gaben, bestehen insofern auch noch heute, als mit militairischem Commando und Besatzung jenes erste aus einer deutschen Schiffswerft hervorgegangene Kriegsschiff bei seiner Uebergabe in China einen besseren Eindruck gemacht hätte. Konnte auch bei der jetzigen Ueberführung der beiden erwähnten Panzerschiffe, entgegen einer anderweitigen absolut unbegründeten Meldung eines Stettiner Blattes, weder chinesischer- noch deutscherseits an eine Besatzung von deutschen Marinemannschaften gedacht werden, so schien es doch im Interesse der deutschen Schiffsbauindustrie, welche in Folge der chinesischen Schiffsbestellungen in Deutschland in letzterer Zeit in der englischen und englischen Interessen dienenden chinesischen Presse den unqualificirbarsten Angriffen und Verunglimpfungen ausgesetzt war, rathsam, den beiden Kriegsschiffen bei deren Ueberführung wenigstens ein würdiges militairisches Commando zu geben und mit demselben zwei deutsche Marineofficiere zu betrauen. Die Angelegenheit ist zur Stunde bereits bis auf die noch ausstehende Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm für die beiden in Aussicht genommenen Officiere perfect.

* Aus dem Haag kommt die Trauerkunde, daß der **Prinz von Oranien** am Sonnabend Nachmittag um 2 Uhr verschieden ist. Alexander war von Jugend auf kränklich, sein Gesundheitszustand schrieb ihm die Enthaltung von allen Jugendfreuden vor; glücklicher Weise fand er bei nicht ganz gewöhnlichen Geistesanlagen reiche Entschädigung in Studien. Als der älteste Sohn König Wilhelm's vor sechs Jahren starb und Alexander somit Thronfolger wurde, trat er aus der bisherigen Zurückgezogenheit hervor und nahm an vielen öffentlichen Bestrebungen Theil, ja betrat sogar bei einer Gelegenheit in liberalem Sinne die journalistische Arena. Wäre seine Gesundheit fester geworden, so hätten die Holländer schöne Hoffnungen an seine künftige Regierung knüpfen können. Im Alter von 33 Jahren schied er aus dem Leben. Der 68jährige König Wilhelm hat nur noch ein Kind aus zweiter Ehe, die jetzt vierjährige Prinzessin Wilhelmine, welche nun die Thronfolgerin im Königreich der Niederlande ist. Die Thronfolge ist nämlich durch die Verfassung geregelt und deren Art. 16 bestimmt: „Bei gänzlicher Ermangelung männlicher Nachkommenschaft im Hause Nassau-Oranien sind die Töchter des Königs nach dem Erstgeburtsrecht zur Thronfolge berufen." Die Verfassung nöthigt aber die junge Prinzessin Wilhelmine, dereinst unvermählt zu bleiben oder eine Ehe einzugehen, zu der die Generalstaaten ihre Zustimmung geben. Eine Vermählung ohne diese Zustimmung gilt als Thronentsagung. In diesem Falle wären folgende Seitenverwandten Ansprüche auf die Nachfolge zu erheben berechtigt: 1) die Großherzogin von Sachsen-Weimar, Sofie, Schwester des Königs Wilhelm III; 2) deren Kinder, Prinz Karl August und Prinzessin Sofie; 3) Prinz Albrecht von Preußen, Sohn der kürzlich verstorbenen Prinzessin Marie Anna der Niederlande; 4) Marie Prinzessin von Wied, Tochter des Prinzen Friedrich der Niederlande und deren Kinder. Der alte König Wilhelm ist zugleich Großherzog in Luxemburg. Da hier nur die männliche Succession gilt, so hört nach seinem Tode die Personalunion zwischen Holland und Luxemburg auf, und nach der noch zu Recht bestehenden nassauischen Erbfolgeordnung hat der 1866 depossedirte Herzog Adolph von Nassau auf den Thron des Großherzogthums Anspruch.

* Der **französische Parlamentarismus** steht im Begriff, eine ganz ähnliche Erfahrung zu machen, wie sie sich dem deutschen schon seit geraumer Zeit aufgedrängt hat: die Erfahrung nämlich, daß das öffentliche Leben und der nationale Entwickelungsgang heutigen Tages von den Fragen, den Problemen rein politischen Inhalts erst in zweiter Linie beeinflußt werden, und das Interesse der Völker sich immer ausschließlicher auf die wirthschaftlichen Angelegenheiten concentrirt. Während die Deputirtenkammer von dem Widerhall partei- und verfassungspolitischer Debatten erdröhnt, hegt man im Lande kaum noch für etwas Anderes Sinn als für Fragen, welche zu den Bedingungen, zu der Lage des nationalen Erwerbslebens in Beziehung stehen. Mehrere Gesetzentwürfe von eminenter wirthschaftlicher Tragweite harren ihrer parlamentarischen Erledigung, aber es ist charakteristisch für die Stimmung der Gemüther, daß man allgemein mit Mißtrauen die Chancen der parlamentarischen Entscheidung untersucht, als sagte man sich selber, daß die im Palais Bourbon tagenden Volksvertreter nicht eigentlich die richtigen Männer seien, in deren Händen das wirthschaftliche Heil der Nation wohl aufgehoben wäre. Jedenfalls ist die Behandlung des Recrutirungsgesetzes von Seiten der Deputirtenkammer nicht darnach angethan gewesen, das Vertrauen der öffentlichen Meinung zu dem praktischen Sinn der Kammer zu stärken, da letztere, unter consequenter und absoluter Ignorirung der thatsächlichen Verhältnisse, alle Amendements verworfen hat, welche dahin strebten, die Bürde der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit im stehenden Heere insoweit zu erleichtern, als es mit Schonung der materiellen Existenzbedingungen des Volkes vereinbar erschien. Man fürchtet, daß diese Gleichgiltigkeit der Kammerpolitiker gegen die wirthschaftlichen Interessen der Gesammtheit bei Discussion und Beschlußfassung über die wirthschaftlichen Gesetzvorlagen zum Nachtheil dieser letzteren sich wiederholen könnte. In einem Lande, wo das Volk souverain ist, könnte eine solche Taktik des starren Parteidoctrinarismus sich an ihren Urhebern leicht empfindlich rächen, und die Gefahr muß schon ziemlich nahe gerückt sein, wenn ein Blatt, wie die „Rép. Franç." sich bemüßigt fühlt, seine warnende Stimme zu erheben. Letzteres Blatt bestätigt, daß in den Augen der ungeheuren Mehrheit des Volkes, in Stadt und Land, heutigen Tages die politischen Fragen von den wirthschaftlichen